

Mainz, 16. März 2014

Offener Brief an die Fraktionen, Stadtratsmitglieder und Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl 2014 der Parteien Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Die Linke, ÖDP und SPD

Geplante Millionensubvention der Stadt Mainz an die Familie Otto

Sehr geehrte Damen und Herren,

den bis in dieses Jahr hinein unter Verschluss gehaltenen Verhandlungsprotokollen der Stadt mit ECE haben wir entnommen, dass der externe Rechts- und Strategieberater der Stadt, Dr. Deutsch, von der Verwaltung beauftragt wurde, einen Vorschlag zu einer „Verzichtssatzung“ auszuarbeiten. Sie soll zum Ziel haben, dem Investor die gesetzlich vorgeschriebene Ablösesumme für die Stellplätze (STP) zu schenken, die im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben am Standort Karstadt anfallen würde. Das Landesbaurecht und die Stellplatzverordnung sehen hier eine Zahlungsverpflichtung des Investors vor, die sich auf bis zu ca. 10 Millionen Euro belaufen kann. Im Protokoll v. 30.11.2012 wird vermerkt, dass ECE „nicht bereit wäre, die nach Landesbauordnung erforderlichen STP, die evtl. über die Anzahl von 400 STP hinausgehen könnten, abzulösen.“ Gründe der Weigerung werden in keinem der Protokolle oder in Anlagen angeführt.

Die Bereitschaft zu einer versteckten Subvention wurde von OB Ebling in den Medien damit begründet, dem Investor gegenüber sei diese gesetzliche Zahlungsverpflichtung „unfair“; die Stadt habe die Zahl der Stellplätze begrenzt, obwohl ECE viel mehr bauen wollen. In einer Beschlussvorlage für den Stadtrat vom April 2011 wird jedoch auf die Planung von ECE verwiesen: ECE möchte 420 STP bauen. Die Stadt erklärte sich damit in der Beschlussvorlage einverstanden. Der Anspruch nach der Stellplatzverordnung bleibt aber von solchen Zahlenspielen ohnehin unberührt, da die Zahlung eines Ablösebetrages genau für den Fall vorgesehen ist, der jetzt eintreten würde: Aufgrund einer städtischen Satzung und/oder örtlicher Gegebenheiten kann die geforderte Zahl von STP nicht gebaut werden.

Die Stadt Mainz will der Milliardärsfamilie Otto ein Millionengeschenk machen. Daraus ergeben sich eine Reihe von Fragen, die Sie betreffen und um deren Beantwortung wir Sie bitten.

1. Erst die erzwungene Offenlegung der Protokolle ließ diesen Vorgang bekannt werden. Die Verhandlungsführer der Stadt hatten Rat und Gremien vorher nicht über diese Absichten informiert. Den Protokollen ist auch zu entnehmen, dass diese Informationspolitik mit ECE abgestimmt worden war. Beauftragt wurde der (teure) externe Berater und nicht das Rechtsamt der Stadt. Wie stehen Sie als demokratische Repräsentanten zu diesem Verhalten der Verwaltung?
2. Wie wollen Sie den Sinn des Millionengeschenks den durch den Wohnbauskandal sensibilisierten Mainzer Bürgerinnen und Bürgern vor dem Hintergrund der Milliardenverschuldung der Stadt vermitteln?
3. Womit wollen Sie ggf. die Menschen in Mainz gerade im Kommunalwahlkampf davon überzeugen, dass dieses Millionengeschenk an die Familie Otto wichtiger ist, als die zahllosen öffentlichen Aufgaben im Verkehrsbereich, die mit diesem großen Geldbetrag zu finanzieren wären?
4. Wie wollen Sie die Subventionspläne gegenüber Bürgern rechtfertigen, die gesetzestreu die STP-Ablöse gezahlt haben? Diese Menschen haben damit u.a. Erstellung und Unterhalt der Parkraumreserven in den umliegenden Parkhäusern sowie die ÖPNV-Erschließung mit finanziert, die jetzt für eine ECE-Mall benötigt würden! Sie haben einen Anspruch auf Gleichbehandlung.

Bitte stoppen Sie die Verwaltung in ihren verantwortungslosen Bestrebungen. Ersparen Sie der Stadt Mainz und dem Rat die Blamage, durch die ADD / Kommunalaufsicht zur Ordnung gerufen zu werden. Verhindern Sie, dass die wettbewerbsverzerrende Subvention an ein Großunternehmen wie schon einmal die EU-Kommission auf den Plan ruft, und diese wiederum die Stadt Mainz nach dem EU-Wettbewerbsrecht zur Rückforderung der Subvention verurteilt. Seinerzeit belief sich die Höhe der Subvention nur auf ein Viertel dessen, was jetzt geplant ist!

Mainz darf nicht schon wieder bundesweit zum Gespött werden.

Wir bitten Sie und ihre Fraktion möglichst noch im März um eine Stellungnahme. Die BI möchte mit Ihren Antworten den Wählerinnen und Wählern bei der Kommunalwahl am 25. Mai Entscheidungshilfen an die Hand geben. Im Zuge der weiteren Auswertung der Protokolle werden wir uns daher mit weiteren für die Zukunft unserer Stadt wichtigen Fragen an Sie wenden. Dies gibt Ihnen aufgrund des Wahlverfahrens eine zusätzliche Möglichkeit, sich unabhängig von Ihrem Listenplatz den Wählern mit Ihren persönlichen kommunalpolitischen Positionen vorzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

Die Sprecher der Bürgerinitiative Mainzer Ludwigsstraße

Vera Mohr

Dagmar Wolf-Rammensee

Hartwig Daniels